

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Gebr. Kuntzsch.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnement: einjährig 200,- M., durch die Post bezogen monatlich 20,- M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 300,- M., Einzelnummer 12,- M., Sonnabendnummer 15,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Komparatzeile 35,- M., die 8 gespaltene Reklamezeile 120,- M., auswärts 40,- u. 130,-, Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietzeilen 25 Proz. Rabatt. Für Briefvermittlung 10 M.

Nr. 277

Dresden, Mittwoch den 29. November 1922

33. Jahrg.

Die Politik der Drohungen

Frankreich fordert Pfänder — Beschlagnahme der Rheinlande — Besetzung des Ruhrgebiets — Ausbeutung der Staatsgruben

Raum hat Cuno mit seinen Deuten die Ministerfessel in Besitz genommen, da erhält das neue Kabinett schon einen recht wenig freundlichen Gruß von Poincaré. Man erfährt, daß in Paris unter Beteiligung Fochs eine Konferenz der führenden französischen Männer stattfand, in der die Vorbereitungen eines Aktionsplanes gegen Deutschland besprochen wurden. Man sprach in der Konferenz wieder davon, daß Frankreich sich Pfänder sichern würde. Man denkt an die Ausbeutung der Staatsgruben im Ruhrrevier, die völlige Beschlagnahme des Rheinlandes, die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes, und zwar angeblich deshalb, weil die Regierung Cuno sich auf den Standpunkt der Rote Wirtsch gestellt habe, somit dafür eintrete, daß Deutschland sich seinen Reparationspflichten entziehe.

Wir sind an französische Drohungen mancherlei gewöhnt und wir haben wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß nicht alles so heiß gegessen wie gekocht wird. Aber trotzdem dürfen wir über den Ernst der Lage nicht im Zweifel sein. Poincaré und die Seinen, von Wachtgier und Angst vor einer deutschen Revolte getrieben, gehen zweifellos darauf hinaus, wenn möglich Deutschland zu zerstören oder wenigstens das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen.

Durch den Umsturz in Italien, der diesem Lande ein extrem-nationalistisches Regiment brachte, fühlt sich Poincaré getarnt. Er rechnet damit, daß von Italien nicht mehr wie früher Widerstand gegen eine etwaige französische Gewaltpolitik geleistet werden wird.

Was hat man uns doch alles erzählt, als das Kabinett Wirth noch am Ruder war! Wenn erst die Großindustrie in der Regierung vertreten wäre, dann würde die Reparationsfrage sich leichter lösen lassen. Besonders laut wurde dieses Lied von dem revolutionären Reich geblasen, der einst in der Reichstags Volkszeitung sich an Sozialismus nicht genug tun konnte, heute aber der Soldatensoldat des Herrn Sinnes ist. Jetzt sind die Kommis der Großindustrie in der Regierung, aber nach dem, was über die Vorgänge in Paris berichtet wird, sieht es nicht so aus, als wenn die Beteiligung der Großindustrie am Kabinett uns eine außenpolitische Erleichterung gebracht hätte.

Was wird nun die Regierung Cuno tun? Sie dürfte kaum Lust haben, den Weg des Kabinetts Simons-Fehrenbach zu gehen, das der Entente gegenüber den starken Mann zu spielen suchte, und als das nicht ging, einfach davonzog. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso la vieren müssen, wie das die Regierung Wirth tun mußte, und sie wird die Wege der von der Deutschen Volkspartei so stark bekämpften Erfüllungspolitik weiter gehen müssen. Es kann ja heute gar kein Zweifel daran sein, daß uns die von der Sozialdemokratie unterstützte Erfüllungspolitik Wirths in der Wiederumsetzung in den Anschauungen über das Reparationsproblem im Ausland tritt deutlich hervor, wenn wir auch noch lange nicht über den Berg sind.

Wir wären wahrlich in der Reparationsfrage noch weiter, wenn wir in Deutschland eine Wirtschaftspolitik getroffen hätten, wie sie zur Unterstützung der Erfüllungspolitik notwendig gewesen wäre. Wir haben in Deutschland verstanden, was wir bei untrügender Lage schon des Eindruckes auf das Ausland wegen unbedingt hätten tun müssen. Wir haben den so notwendigen Kampf gegen den Luxus, der sich so ausbreitend breit macht, nicht mit der notwendigen Energie geführt. Der heute nach Deutschland kommt und sieht, wie sich die Menschen in den Bars, Dienen und ähnlichen Luxuslokalen drängen, der kann leicht glauben, daß es dem deutschen Volke recht gut gehe. Doch sich hinter dieser glänzenden Fassade ein furchtbares Elend verbirgt, sieht der Ausländer in der Regel nicht. Wir hätten auch dem Ausland zeigen müssen, daß wir alles um uns durch die Bekämpfung der überflüssigen Einfuhr unsere Handelsbilanz nach Möglichkeit zu verbessern. Mit besserem Erfolg hätten wir dann der Auffassung entgegengetreten können, daß Deutschland mit Wirth keine Wahrung herunterspielt.

Ein weiterer schwerer Fehler unserer Politik war die Unterlassung der Sachwertverfassung. Gewiß hätte uns auch die Erfassung der Sachwerte keine endgültige Lösung des Wiedergutmachungsproblems gebracht, aber hätte sich das Deutsche Reich in der Weise an den Unternehmungen in Handel und Industrie und an dem Grundbesitz beteiligt, wie das die Sozialdemokratie verlangte, so wäre es dem Reich möglich gewesen, gestützt auf seinen Anteil an den Sachwerten, eine ausländischen Anleihe zu erlangen. Und dadurch hätten wir eine Atempause bekommen, weil der Ertrag der Anleihe es uns ermöglicht hätte, eine Zeit lang unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Und Zeit gewonnen, bedeutet in der Wiedergutmachungsfrage zwar nicht, alles gewonnen, aber doch sehr viel!

Leute droht uns in steigendem Maße eine Beteiligung des ausländischen Kapitals an der deutschen Industrie und mancherlei Anzeichen sprechen dafür, daß die deutschen Kapitalmagnaten sich lieber mit dem ausländischen Kapital in der

Gerechtigkeit über ihre Unternehmungen teilen würden, als mit dem Deutschen Reich. Der ganze Kampf um die Erfassung der Sachwerte hat ja wie vieles andre deutlich genug gezeigt, daß eine Politik, die das deutsche Volk aus seinem Elend herausführt, nicht mit dem deutschen Großkapital, sondern nur gegen das deutsche Großkapital gemacht werden kann. Schon jetzt sieht es wahrlich nicht danach aus, daß wir durch das Walten der großkapitalistischen Regierung Cuno weiterkommen werden. Wir wollen freilich nicht wünschen, daß in der Zeit dieser Regierung dem deutschen Volke ein ebenso jäherhaltender Ansehungsunterricht erteilt wird, wie während der Zeit der Regierung Simons-Fehrenbach, für deren Ungeschicklichkeiten das deutsche Volk schwer büßen mußte. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich auf dem suchen, daß unter Cunos Regierung dem deutschen Volke schwerer Schaden geschieht.

Die Pariser Ministerkonferenz

Am Montag hat in Paris eine wichtige Konferenz unter Vorsitz Poincarés stattgefunden, an der teilgenommen haben: Poincaré, General Foch, der Kriegsminister Maginot, der Finanzminister de La Seyrie, der Minister für die besetzten Gebiete Reibel, der französische Delegierte bei der Reparationskommission Barthou, der französische Oberkommandant in den Rheinlanden Tirard, der Chef des Generalstabes Saut und der Generalinspektor der Bergwerke Coste.

Saut berichtet über diese Sitzung, daß die Regierung sich augenblicklich mit der Reparationsfrage beschäftigt und daß sie einen Aktionsplan vorbereitet, den Poincaré seinen englischen, italienischen und belgischen Kollegen wahrscheinlich im Laufe der Vorgesprächen zur Pariser Konferenz zur Ratifizierung vorlegen wird. Die französische Regierung werde getreu der bei der letzten Londoner Konferenz von Poincaré aufgestellten These gewiß nicht auch nur teilweise Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zugeben, wenn es nicht als gewöhnlicher Schuldner einen Gegenwert stelle. In der Tat würde die

Beschlagnahme von Pfändern den Alliierten unersäglich Gelder bringen und dadurch das Reich zur Durchführung des Vertrages zwingen; denn das Reich würde

dann danach trachten, daß die Hypotheken aufgehoben werden. Die Ausbeutung der Staatsgruben im Ruhrgebiet sollte ins Auge gefaßt werden sein. Der italienische und der belgische Delegierte seien der Ansicht, daß zu diesem Zeitpunkt der französische Vorschlag ein Mittel enthalte, um die Durchführung der Kohlenlieferungen sicherzustellen.

Eine offizielle Note, die die gesamte Pariser Morgenpresse wiedergibt, besagt: Da die Brüsseler Konferenz trotz des Wunsches der französischen Regierung vielleicht nicht stattfinden werde, da sie-möglicherweise kein Ergebnis haben werde, und insbesondere deshalb, weil der Reichstag dem Reichskanzler Cuno eine Mehrheit verschafft habe, die einmütig die Note Wirths über die Reparationen billige, d. h. dafür eintrete, daß Deutschland sich den Reparationsverpflichtungen entziehe, so begreife man, daß die französische Regierung in ihrer festen Absicht, Besatzung zu erlangen, Wert darauf gelegt habe, zu untersuchen, welche Mittel ihr diese Möglichkeit verschaffen könnten. Wir glauben zu wissen, seit die Note weiter auseinander, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden — wir sagen nicht beschlossene wurden — und die man für geeignet für die Garantierung unserer Rechte erachtet, wenn man diese bestritten würde, folgende sind:

1. Eine vollständige Beschlagnahme der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Beschlagnahme, die namentlich in der Erzeugung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte.

2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, so daß die Frankreich von Deutschland auf Reparationskonto zu liefernden Kohlen und der für die französische Industrie erforderliche Häfenkohle gesichert würden.

Die Wirtschaft der Industrie

Es geschieht nicht ganz zufällig, daß die Franzosen erneut das Verlangen nach Pfändern und Sicherungen stellen, und daß sich die Tonart, die von der Seine zu uns herüberhallt, seit dem Rücktritt der Regierung Wirth verschärft hat. In dieser Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen

Gescheiterte Verhandlungen

Die unmögliche Politik der Kommunisten

Die Verhandlungen mit den Kommunisten zwecks Bildung einer Arbeiterregierung sind gescheitert. In der gemeinschaftlichen Sitzung von Vertretern der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei Dienstag den 28. November, die ein Regierungsprogramm aufstellen bzw. die Bildung einer gemeinsamen Arbeiterregierung besprechen sollten, legten die Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie gleich einleitend folgende Richtlinien vor:

1. Schutz der Republik mit allen rechtlichen Mitteln, Schaffung eines Gesetzes über die Rechte und Pflichten der Beamten unter Sicherung der vollen staatsbürgerlichen Freiheit der Beamten, Ausbau der Polizei zu einem zuverlässigen Organ zum Schutze der republikanischen Verfassung.

2. Beschleunigte Umgestaltung der Gemeindeverfassung auf der Grundlage freier Selbstverwaltung; auch Reform der kantonalen Verwaltung.

3. Erlass eines Amnestiegesetzes für politische Verbrechen und für begangene Verbrechen.

4. Ausbau und Erweiterung der Rechte des arbeitenden Volkes durch Schaffung von Arbeiterkammern, Heranziehung von organisierten Arbeitnehmern zur Kontrolle und Gewerkschaften, Berginspektion und Baukontrolle; Schutz des Arbeitsvertrages; Maßnahmen zur Regelung des Lebensstandes, und Gewerkschaftswesen; Schutz der Arbeitskraft; entschiedene Einwirkung auf die Reichsregierung zum Ausbau der Erwerbslosen- und der Sozialfürsorge; Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege.

5. Aufrichtige Einwirkung auf die Steuerpolitik des Reiches zur Entlastung der arbeitenden Bevölkerung durch Ausbau der Vermögens- und Einkommen- und Erbschaftsteuer.

6. Entschlossene Einwirkung auf das Reich in der Richtung der Bergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenverkehrs.

7. Herbeiführung des Wohnungsbaus auf gemeinschaftlicher Grundlage.

8. Bekämpfung des Wuchers; Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung.

9. Einwirkung auf das Reich zur beschleunigten Schaffung des in der Reichsverfassung vorgesehenen Aufsichtsrates zur Trennung von Kirche und Staat.

10. Reform des gesamten Schulwesens nach einheitlichen Regeln.

Bei der Beratung dieser Richtlinien zeigte sich sofort, daß in bezug auf den zur Erreichung dieser Programmpunkte einzuschlagenden Weg starke grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Während die sozialdemokratischen Vertreter behaupteten, daß sie willens seien, alle in Rahmen der Reichs- und Landesverfassung liegenden Machtfugnisse anzuwenden, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, verlangten die kommunistischen Vertreter, unter denen sich auch Wendler, Wötcher und Renner befanden, daß auch Forderungen, die an das Reich gerichtet werden müssen, durch den Appell an die Arbeiterschaft gegen das Reich durchgesetzt werden müßten, unbedingtermaßen die Konsequenzen, die ein solches Vorgehen auslösen müßte. Diese grundsätzliche Auffassung hat besonders stark bei der kommunistischen Forderung nach sofortiger Einziehung der Steuern der den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent der Vermögen sowie bei dem Verlangen, den Betriebsräten alle für das Proletariat wichtigen Befehle vorzulegen, zutage. Nach Auffassung der Kommunisten hätte die Arbeiterregierung die Pflicht, sich in der Produktionskontrolle, im Bekämpfen des Wuchers sowie in der Bekämpfung an sich dieser Betriebsräte zu bedienen. Wichtig war, daß der Vorsitzende der Reichlichen kommunistischen Partei, Herr Wötcher, gleich zu Beginn der Verhandlungen erklärte, die kommunistische Partei sei keineswegs bereit, mit einem oder zwei Ministern in die Regierung einzutreten; sie könnte nur ein Regierungsprogramm unter Anerkennung der von den Kommunisten aufgestellten zehn Forderungen abgeben. Da das ohne schwere Konflikte mit der Reichsregierung nicht möglich ist, und dieser Konflikt zum größten Schaden des Proletariats auslaufen müßte, mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden.

Die sozialdemokratische Bundtagsfraktion wird sofort an der Situation Stellung nehmen. Es muß abgewartet werden, ob die Kommunisten willens sind, eine Arbeiterregierung, die die Wählerschaft am 5. November gefordert hat, unbedingtermaßen zu machen.